

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 31

Vorwort: Politische Konsequenz ist viel schwieriger

Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK

A.Z.Bernl

für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit

Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger

Verwaltung: Oswald Schürch

Postcheck: III 24616, Telephon: 277 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern

Jahresabonnement Fr. 20.—Halbjahr Fr. 11.—Vierteljahr Fr. 6.—

50 Rp.

2. Jahrgang, Nr. 31

Bern, 9. August 1961

Erscheint wöchentlich

POLITISCHE KONSEQUENZ IST VIEL SCHWIERIGER

Wer etwas Zeit zum Nachdenken über die heutige Lage der Welt aufwendet, kommt sehr rasch zum Schluss, dass nicht alles zum Besten bestellt ist, und dass wir uns gewaltig anstrengen müssen, wenn wir die Freiheit bewahren wollen. Trotzdem verschliessen sich die Völker der freien Welt in ihrer Mehrheit dieser Einsicht. Woran liegt das?

Es ist keine Frage des Intellekts. Um die Schwere der Lage zu begreifen, braucht es nicht mehr Intelligenz als nötig ist, wenn eine Multiplikation von zwei zweistelligen Zahlen im Kopf durchgeführt werden soll. Ueber diesen Intelligenzgrad verfügt jedoch die überwiegende Mehrheit der Menschen.

Manche halten dafür, dass es eine Frage unserer materialistischen Einstellung sei. Das Nachdenken kostet Zeit und diese Geld und bringe zudem nichts ein. Wenn jemand schon nachdenkt, dann blass über den Fernsehempfänger und das nächste Automobil. Die Hochkonjunktur pflegt diesen Materialismus.

Diese Erklärung ist ebenfalls unbefriedigend. Die heutigen Menschen sind gar nicht so materialistisch, wie sie hingestellt werden. Die Zahl der karitativen und humanitären Organisationen sowie deren Einsatz beweist das. Auch Einzelbeispiele stellen der Opferbereitschaft unserer Menschen ein gutes Zeugnis aus. Für Fréjus wurden nach dem Dammbruch in der Schweiz allein anderthalb, für Chile nach den Erdbeben wurde eine Million Franken gesammelt. Die Beispiele lassen sich vermehren.

Wie kommt es denn, dass zur viel wichtigeren Vorbeugung von politischen Katastrophen keine genügende Opferbereitschaft erzielt wird?

Die Erklärung liegt unseres Erachtens darin, dass die Naturkatastrophe offensichtlich ist, dass der Zusammenhang von Opfer und Hilfe sichtbar bleibt. Das Bild eines hungernden Kindes spricht uns unmittelbar an. Drohende politische Katastrophen andererseits sind nicht offensichtlich und der Einzelne vermag zudem keinen Zusammenhang zwischen seinem persönlichen Einsatz (Opfer) und der Bekämpfung der Gefahr (Hilfe) zu sehen. Er vermag das nicht, weil er keine Zeit zum Nachdenken hat, dessen Ergebnis allein ihm diesen Zusammenhang aufdecken könnte.

Damit gelangt man trotz allem wieder zur Hochkonjunktur als der Ursache dieses

Uebels, aber nicht, weil sie uns materialistischer machen würde wie der Existenzkampf vergangener Jahrhunderte, sondern weil sie unsere ganze Zeit, unser ganzes Sein beansprucht. Das ist nicht in erster Linie aus Geldgier der Fall, sondern aus Angst vor der Zukunft, die wir mit der materiellen Sicherung zu dämpfen hoffen.

Wer vermeint, keine Zeit zum Nachdenken über die heutige Lage der Welt zu haben, weil er sich auch in der Freizeit beruflich einsetzen müsse um existieren zu können,

der befindet sich auf dem Holzweg. Entweder bringen wir diese Zeit zu einer geistigen Auseinandersetzung auf und ziehen daraus die nötigen Schlussfolgerungen, oder der ganze materielle Wohlstand wird zusammenbrechen wie ein Koloss auf tödenden Füssen. Die Kraft der Freiheit misst sich nur an unseren Taten und nicht an unserem Lebensniveau.

Paul Sager.

Neue jugoslawische Verfassung

Tito geht marxistischen Weg

Der kommunistische Staat entwickelt sich auch in seiner «revisionistischen» Form in Richtung auf den Vollkommenismus. Diese Feststellung lässt sich heute auf Jugoslawien anwenden, dessen Sonderstellung im Ostblock oder gegen diesen einen parallelen Prozess zur Sowjetunion im internen Bereich nicht ausschliesst.

Die Vorbereitungen zur neuen jugoslawischen Verfassung lassen ähnliche Tendenzen (Absterben der staatlichen und der territorialen Gliederung zugunsten vermehrter, direkter von der Partei beherrschten Herrschaft der gesellschaftlichen Organe) erkennen, wie sie auch im sowjetischen Parteiprogramm und im Statutenentwurf der KPdSU zum Ausdruck kommen.

Ueber die in Aussicht genommene neue Verfassung (welche das 1953 revidierte Grundgesetz von 1946 ersetzen wird) äusserte sich Vizepräsident Edvard Kardelj in einem ausführlichen Interview mit der Belgrader «Borba». Die grundsätzliche Unterscheidung zwischen dem Staat «kapitalistischen Typs» und «sozialistischer Prägung» betonte Kardelj, der anerkannte Parteitheoretiker und mögliche Nachfolger Titos, aufs deutlichste: «Der Staat ist — gemäss der marxistisch-leninistischen These — im Sozialismus im Absterben begriffen. Dieser Prozess muss in unserer Verfassung voll zum Ausdruck kommen.» Sie werde nicht nur als Staatsverfassung,

Die grösste Aufmerksamkeit wird die Verfassung der Art der [Parlaments-] Kandidatur widmen, so dass alle gesellschaftlichen Faktoren, insbesondere der Sozialistische Bund der Werktätigen (die von der KP kontrollierte Massenorganisation) zum vollen Ausdruck kommen werden.

Kardelj über die neue jugoslawische Verfassung. «Borba», 31. Juli 1961.

sondern auch als Verfassung der (Arbeiter-) Selbstverwaltung zu betrachten sein: «Sie wird jene Faktoren festigen, welche die gesellschaftliche Selbstverwaltung tragen und die Wege weisen, um deren Entwicklung zu fördern. ... Sie wird die Verfassung eines einheitlichen Gesellschaftssystems sein.»

Den einzelnen Kollektiven (Betriebe) wird ein vermehrter Anteil an wirtschaftlicher und politischer Mitbestimmung in Aussicht gestellt, und den «Kommunen» (Gemeinden), den lokalen Grundzellen des jugoslawischen sozialistischen Systems, wird die Verfassung eine neue Definition mit verstärkten Kompetenzen geben. Dies erweckt vorerst den Eindruck eines Abbaus der direkten Zentralgewalt, doch wird gerade beim gesellschaftlichen Aufbau die führende Rolle der Partei unterstrichen. Damit ist auch die Möglichkeit aufgezeigt, dass Parteibeschlüsse von oben herab Anlass zu Gesellschaftsbeschlüssen von unten herausgeben werden.

Die Rolle der «Selbstverwaltungseinheiten» als wichtige Machträger kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass diese ihre Vertreter in das Parlament delegieren, dessen Vertreter also nicht mehr direkt vom Volke gewählt werden, sondern Delegationen darstellen. Da die Angehörigen des «Bundesrates» (neben dem wenig in Erscheinung tretenden «Nationalitätenrat» und dem wirtschaftlich massgebenden «Bundesproduzentenrat» die dritte Kammer des Parlaments) damit auch ihre Stellung als territoriale Vertreter weitgehend verlieren, ergibt sich eine Einbusse des regional-föderalistischen Prinzips. (Ein direktes Eingreifen soll dem Volk allerdings durch Referendumsmöglichkeit bei der Wahl nicht genehmter Kandidaten im Prinzip offenstehen.)